

SCHWEINFURT

„Schluss mit der Entmachtung des Stadtrats“

SPD, Liste, Grüne und Linke werfen Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser Demokratiedefizite vor

Ist es nur Nachlässigkeit oder Methode, fragten beim Pressegespräch am Mittwochabend im Brauhaus am Markt Vertreter von gleich vier Parteien oder Gruppierungen aus dem Stadtrat, die nicht länger hinnehmen wollen, dass ihre Anträge im Rathaus auf die lange Bank geschoben werden. Der Oberbürgermeisterin werfen sie Demokratiedefizite und Nichtstun in der Umweltpolitik vor.

Herbert Wiener (SPD), Ulrike Schneider (Schweinfurter Liste), Frank Firsching (Linke) und Roland Schwab (Grüne) sprachen für ihre Fraktionen, wobei man, weil Ferienzeit, sich nicht mit allen Kollegen habe absprechen können. Dass Anträge einfach liegenblieben, das hätten alle oppositionellen Gruppen im Stadtrat bereits hinnehmen müssen. Ob dies Berechnung, ob es nur Nachlässigkeit sei, darauf wollte Ulrike Schneider keine direkte Antwort geben. Doch das Gespräch zeigte, dass die vier Stadträte Ersteres vermuten. Wiener, Schneider, Firsching und Schwab haben eine Anfrage formuliert, die dann am Donnerstagmorgen in der Sitzung des Ferienausschusses an Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser überreicht wurde.

Darin zitieren sie die Geschäftsordnung für den Stadtrat, die vorschreibt, dass die Anträge der Räte von der Oberbürgermeisterin unverzüglich an die Referate und von dort samt einer Stellungnahme der Verwaltung dem zuständigen Ausschuss vorzulegen sind. Wird eine Frist von drei Monaten überschritten, muss die OB dem Antragsteller die Gründe für die Verzögerung mitteilen.

„Vorschrift nicht eingehalten“

Wörtlich heißt es in der Anfrage: „Wir stellen fest, dass Sie in einer Reihe von Fällen diese Vorschrift nicht mehr einhalten und damit den demokratisch gewählten Stadträten die Wahrnehmung ihrer Pflicht erschweren, Bürgerinteressen in den demokratischen Meinungsbildungsprozess einzubringen und wirksam zu verfolgen.“ Die Anfrage geht auch auf die Ankündigung von OB Grieser ein, die Geschäftsordnung bezüglich der Behandlung von Stadtratsanträgen zu ändern. Anlass war dafür Ende Juli der Eingang von 21 Stadtratsanträgen in kurzer Zeit, was laut Grieser die Kapazitäten der Stadtverwaltung sprengte.

Ganz konkret wollen die Stadträte wissen, was aus vier Anträgen in Sachen Umwelt geworden ist, die alle im Herbst 2007 gestellt wurden. Die Antragsteller hätten bis heute, auch auf Nachfrage, nichts über den Stand der Dinge erfahren.

Auch kritisieren die vier Räte, dass sich im Bereich Umwelt bei der Stadt nichts tue. Ihnen seien diese Themen aber „ganz wichtig“, weshalb man über das Pressegespräch die Öffentlichkeit suche. Die Stadt sei verpflichtet, mehr zu tun, etwa auch gegen den Klimawandel.

Herbert Wiener räumte allerdings ein, dass 21 Anträge in einem Monat die Verwaltung über die Maßen beanspruchen würden. Die Hälfte der Anträge stamme von den Grünen, die Nachholbedarf hätten. Mit diesen zu sprechen, sei nicht genutzt worden.

Für die Stadträte ist der neue Umgang mit den Anträgen eine weitere Stufe der Entmachtung des Stadtrats. Angefangen habe diese mit der Umwandlung städtischer Betriebe in Gesellschaften (etwa Krankenhaus und Stadtwerke). Mit einem zweiten Schritt seien dann die Kompetenzen der OB ausgeweitet worden, die nun in alleiniger Verantwortung Ausgaben bis zu 240 000 Euro absegnen. Übereinstimmend meinen die Kritiker der OB: „Schluss mit der Entmachtung des Stadtrats.“

„Ideen gestohlen“

Sauer sind die vier Umweltpolitiker auch, weil ihnen ihre Ideen geklaut würden. So habe Ulrike Schneider die grüne Hausnummer beantragt. Nach sieben Jahren sei diese dann als Anregung der lokalen Agenda verkauft worden. Wahrscheinlich würden beim nächsten Umweltprogramm der CSU wieder viele Vorschläge auftauchen, die andere schon längst gehabt und formuliert hätten, mutmaßt Ulrike Schneider.

Roland Schwab von den Grünen kritisiert auch die CSU-Fraktion, die Anträge, die nicht aus den eigenen Reihen kämen, ablehne. Eine politische Bankrotterklärung der OB sei deren Feststellung, dass die Verwaltung Anträge nicht bearbeiten könne. Fehler in der Personalpolitik zeigten sich hier.

Ähnlich scharf urteilt Frank Firsching. Dass der Stadtrat über so wichtige Themen wie den Mindestlohn nicht diskutiere, zeige ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

